

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 14

Artikel: Lateinamerikanische Uebersicht. Vom Sowjet in Bolivien zum Faschismus in Chile
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095440>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerikanische Uebersicht

Vom Sowjet in Bolivien zum Faschismus in Chile

Von Alphonse Max

In den politischen Erstaufführungen Lateinamerikas nimmt nach Kuba und Chile nun auch Bolivien einen gewichtigen Rang ein. Kuba hatte als erstes Land des Kontinents eine wirklich kommunistische Revolution durchgemacht, und Chile war das erste Land, in dem das Volk eine kommunistisch dominierte Koalition durch Wahlen an die Macht brachte. Und nun geht Bolivien als erster Staat Lateinamerikas in die Geschichte ein, der einen Sowjet aufgestellt hat, in Form einer «Volksversammlung», die natürlich keineswegs vom Volk gewählt ist.

Die «Räterepublik», die am 1. Mai 1971 erstmalig zusammengetreten war und in der Mehrzahl aus linken Gewerkschaftsführern zusammengesetzt ist, wird vom ehrgeizigen Politiker und Führer der Minenarbeiter, Juan Lechin Oquendo, präsidiert. Ein wichtiger Punkt auf dem Programm des bolivianischen Sowjet ist die Aufstellung einer Arbeitermiliz.

Bolivien: Sowjet schreibt der Regierung Normen und Tätigkeit vor

Die Aufgaben des Rates sollen darin bestehen, der Regierung Normen und Tätigkeiten vorzuschreiben, um die «Sozialisierung» des Landes zu beschleunigen und die Exekutive zu überwachen. Sollte die Regierung die «Vorschläge» nicht annehmen, so werde die neue Körperschaft zu «Druckmassnahmen durch die Arbeiter, Studenten und das Volk greifen». Der Putschgefahr seitens von Zentrumspolitikern wurde mit der Drohung eines Generalstreiks und der totalen Lahm-

legung des gesamten Staatsapparates vorläufig erfolgreich entgegengetreten.

Juan Lechin ist seit 30 Jahren ein Faktor in der bolivianischen Politik: als Organisator und Leiter der Grubenarbeiter war er schon lange ein Element, das jeder Präsident in diesen drei Jahrzehnten in Rechnung ziehen musste. Selbst nahm Lechin jedoch nur zeitweilig am direkten Kräftefeld der politischen Parteien teil, und zwar als er, ein Mitglied der Nationalen Revolutionären Bewegung (MNR), während der zweiten Präsidentschaft Victor Paz Estenssors Vizepräsident wurde. Seine Ueberheblichkeit und sein Radikalismus trugen dazu bei, ihn wieder von den traditionellen Politikern zu entfernen, und selbst als das MNR sich in eine linke und eine gemässigte Gruppe spaltete, fand Lechin keinen ihm genehmen Platz. Er widmete sich der Aufgabe, eine ihm bedingungslos treue Gefolgschaft unter den Minenarbeitern aufzubauen, und eine Weile spielte er mit dem Gedanken, die bolivianische

So baute ich den Sozialismus

(Fortsetzung von Seite 3)

Arbeit wie viel Geld auszuzahlen sei. Allerdings erkannte ich bald, dass man auch hier für die Praxis das Verfahren umkehren musste. Davon wird später noch die Rede sein.

Zuerst muss ich aber darlegen, wie es mit unsern Arbeitern stand. Und hierzu möchte ich wiederum zunächst die Baustelle 405 und die ganze Organisation des ICAZ vorstellen, weil ich nämlich bei meiner Ankunft auf dem neuen Arbeitsplatz vorerst weder Baumaterial noch Arbeiter vorfand.

Die Aufgabe meiner Firma

Das ICAZ wurde mit dem Ziel gegründet, alle landwirtschaftlichen Bauvorhaben der Staatsgüter und LPG zu vereinigen. Zuvor hatten sie in eigener Regie gebaut, aber da waren Pannen und Missgeschicke an der Tagesordnung gewesen. Dem Staat fehlte die Uebersicht zur gerechten Verteilung der Baukredite, die Materialversorgung stockte immer wieder, und obendrein entdeckte man Unregelmässigkeiten am laufenden Band. Zum Beispiel, wenn sich ein LPG-Direktor aus dem Kredit für den Kuhstall eine Wohnung für sich selbst baute. Die Abzweigungsmöglichkeiten waren bei dieser Art von Bauerei einfach zu gross. Ueberdies wollte man mit Hilfe des ICAZ auch die vorhandenen Fachleute besser ausnutzen und mit einer einheitlichen Gestaltung von Typenbauten sowohl Planungs- als auch Realisierungskosten verringern.

Die ICAZ-Landeszentrale befand sich natürlich

in Bukarest. Für Siebenbürgen wurde in Sibiu (Hermannstadt) in einem ansehnlichen zwei-stöckigen Gebäude eine Regionalverwaltung eingerichtet. Ihr unterstellt waren wiederum drei Subdirektionen, von denen die «meine» ihren Sitz in Klausenburg hatte. Dieses Unteramt hatte 1952 folgenden Personalbestand: Chef, Stellvertreter, Sekretärin, Hauptbuchhalterin, zwei Inspektoren, eine Schreibkraft, ein Chauffeur mit Dienstwagen. Dieser Subdirektion unterstanden zu jener Zeit fünf Baustellen. Eine von ihnen, die Nummer 405, war mein neues Arbeitsgebiet. Sie wurde von einem Ingenieur geleitet. Zum Stab gehörten noch ein Buchhalter, ein Magaziner (ich), ein Bauführer, ein Bote und ein Nachtwächter.

Wir hatten den Auftrag, für das Staatsgut in Galda de Jos zwei Kuhställe und einen Schweinestall zu bauen. Ganz herkömmliche, ordinäre Ställe ohne unterbaute Jauchegruben, ohne elektrische Beleuchtung oder andere übertrieben neuzeitliche Einrichtungen. Schlichte Unterkünfte also für etwa je ein Dutzend Kühe und etliche Borstenviecher. (Die Projekte der vier übrigen Baustellen sahen ähnlich ehrgeizig aus.) Für den Bau waren fünf Monate veranschlagt. Danach hatten wir die Einrichtung der Traktoren- und Maschinenstation von Alba Iulia in Aussicht.

Nur eben: In Galda de Jos vorhanden war einstweilen nur der Führungsstab. Baumaterialien und Geräte waren uns von der Regionalzentrale Sibiu versprochen. Die benötigten Arbeiter aber sollten wir uns in der Umgebung selbst anheuern. Das wurde eine ganz delikate Angelegenheit. Darüber im nächsten Kapitel. (Fortsetzung folgt)

Guerillabewegung zu übernehmen und sie mit anderen lateinamerikanischen Freischärlergruppen unter seiner Führung zu vereinigen. Infolge des völligen Fiaskos der Guerillas in Bolivien (Lechin musste wegen seiner kompromittierten Lage sogar ins Ausland flüchten) und der offensichtlich negativen Haltung der Arbeiter gegenüber den Terroristen, gab er seinen Plan jedoch wieder auf.

Nun scheint Lechin — schon wiederholt «Präsidentenmacher» Boliviens genannt — den Zenit seiner Laufbahn erreicht zu haben. Als Vorsitzender der «Volksversammlung» kann er (mit Unterstützung der Arbeitermiliz) allen Instanzen Vorschriften machen: Regierung, Militär, Arbeitern, Studenten, Mittelstand; er kann sich auf seine Beliebtheit unter den Arbeitern berufen und andererseits unbequemen Wahlen aus dem Wege gehen. Ob Lechin, der seinen Linksdrill seit Jahrzehnten nicht verheimlicht hat, dem Druck der Russen widerstehen kann, die ihn in ihr Werkzeug verwandeln wollen werden, wird erst die Zukunft zeigen.

Obligate Absage an «Chinesen»

Vorerst hat die «Volksversammlung» schon eine erste Krise durchgemacht, nachdem sie die Vertreter mehrerer extrem linker Sektoren brüskierte, die eine Solidaritätserklärung mit der guerillaähnlichen Organisation der Peking-Kommunisten verlangten.

Die Versammlung gab ihren Entschluss kund, sich nicht von der «Haltung bestimmter Gruppen mitreissen zu lassen». Führer der marxistisch-leninistischen KP (pro-Peking) hatten gegen die in einem Haftbefehl zum Ausdruck gekommene Verfolgung ihres Führers Oscar Zamora protestiert, der vor einigen Monaten heimlich nach Bolivien zurückgekehrt war und erklärt hatte, er werde «offen gegen die Regierung von General Juan José Torres kämpfen», und zwar mit Hilfe einer Vereinigung, die sich Verband der Armen Landarbeiter (UCAPO) nennt. Die Vertreter der Pekinger Linie wurden beschuldigt, die Volksversammlung in einen Organismus verwandeln zu wollen, der «nur noch Parteizwecken diene». Schliesslich griff der antiparlamentarische Sowjet auf eine typisch parlamentarische Strategie zurück, um der Behandlung des Problems auszuweichen: sie blieb ohne Quorum ...

Chile: Das Parlament soll gehen

In Chile fordert Präsident Allende immer wieder ebenfalls die Einführung des «Ein-Kammer-Systems» und die Bildung einer «Volksversammlung», die ihm das Parlament vor einigen Monaten abgeschlagen hatte.

Obgleich in demokratischen Ländern die Exekutive häufig mit einem von der Opposition beherrschten Parlament regieren muss, glaubt Allende, nicht ganz zu Unrecht, dass das chilenische Parlament vielen seiner «sozialistischen Massnahmen» im Wege stehen wird. In jungen kommunistischen Staaten sind eben frei gewählte Volksvertreter ein Hindernis, das aus dem Weg geräumt werden muss, und hier ist auch die aus demokratischen Wahlen hervorgegangene «Unidad Popular» Allendes keine Ausnahme.

Inzwischen hat Chile der Liga der Arabischen Staaten, die anfängt, ihre antiisraelische und antisemitische Propagandakampagne in ganz Lateinamerika mit sowjetischer Unterstützung

zu intensivieren, als «regionale Körperschaft in Vertretung aller arabischer Staaten» den diplomatischen Status zugesprochen. Der permanente Sitz und die Zentrale der Liga für den südlichen Teil des Kontinents wird in Santiago errichtet werden.

Der Mord an Perez: Die «offensichtlich rechtsextremistischen Urheber» erwiesen sich als Linksextremisten

Dass die Mörder des ehemaligen chilenischen Innenministers Edmundo Pérez Zujovic linksextremistische Terroristen waren, konnte nach deren Identifizierung und dem Tod ihres Rädelführers Ronald Rivera Calderon selbst Präsident Allende nicht mehr bestreiten, der sie sicherheitshalber zunächst als Rechtsextremisten bezeichnet hatte.

Die Identifizierung der Täter ist der Tochter von Pérez Zujovics zu verdanken, die mit ihrem Vater im Auto sass, als dieser mit einer tschechischen Karl-Gustav-Maschinenpistole niedergemetzelt wurde. Wären die Mörder nicht gefunden worden, hätte die Unidad Popular das Verbrechen für alle Zeiten skrupellos «Rechtsextremisten im Dienste der CIA» in die Schuhe geschoben. Die Regierung hat die Täter — einschliesslich Rivera Calderon und seinen Bruder Arturo, die bei einem Ueberfall auf ein Polizeiamt das Leben verloren und sich nur so überhaupt als die Autoren des Mordattentates auf den christdemokratischen Exminister entpuppten — jedoch nicht als Gemeinverbrecher, sondern als «Schizophrene und gefährliche Irren» bezeichnet. Die linksextremistische MIR, welche die Brüder Calderon 1969 aus ihrer Organisation ausgestossen hatte, bestätigte diese Behauptung und nannte sie als Grund für den Ausschluss der beiden. Daher mutet es auf den ersten Blick etwas eigenartig an, dass gerade Ronald Rivera Calderon im Januar 1971 auf der Liste der 45 jungen Terroristen stand, die von Justizminister Cruz Ponte auf Veranlassung des Präsidenten wohlwollend aus dem Gefängnis entlassen wurden. Untersucht man die Angelegenheit etwas gründlicher, so entdeckt man, dass

hier nicht unbedingt ein Widerspruch besteht, denn nicht nur ist Allendes Neffe ein ultralinker Guerillo, sondern sogar der heutige Chef der Kriminalpolizei Paredes war ein Angehöriger der MIR und der VOP (der Gruppe, die Rivera Calderon und seine Kumpel schufen, als sie aus der MIR herausgeworfen wurden). Damals trat Paredes unter dem Decknamen «Dr. Garcia» auf. Die Reaktion des Regimes auf diese Vorfälle bestand in einer Repression, die man als flagranten Faschismus bezeichnet, wenn sie anderswo sogar in sehr viel milderer Form vorkommt.

Zensur, Zeitungsverbot, Präventivhaft für Redaktoren, Ausnahmezustand: Wo bleibt der Protest gegen den Faschismus?

Infolge des Terrorklimas wurde in Chile der Ausnahmezustand eingeführt und eine strikte Zensur über die Presse verhängt, Massnahmen, die die Kommunisten unter ähnlichen Umständen in nichtkommunistisch regierten Ländern aufs schärfste verurteilen. Die nichtkommunistische Wochenzeitung «Sepa» wurde auf einen Monat verboten und ihr Redaktionsleiter Rafael Otero «präventiv» verhaftet. Zurzeit laufen gegen Otero sechs Prozesse wegen Verleumdung des Staatspräsidenten.

Diese Situation sollten die «Verfechter der Pressefreiheit» in der europäischen Linken einmal vergleichen mit der Nachrichtenkontrolle in Ländern wie Uruguay zum Beispiel, die als «Diktaturen» abgestempelt werden, wo man aber öffentlich und ungefährdet den Präsidenten und die Regierung in Wort und Schrift in allen Tönen verunglimpfen kann, ohne dass jemand daran Anstoss nimmt, weil die beschränkte Pressezensur nur das Ziel hat, der Subversion ihre Propagandamittel zu nehmen und Polizisten und andere Personen gegen eventuelle Racheakte der Terroristen zu beschützen. Das ist auch der Grund, weshalb das Montevideoaner Büro der kubanischen Nachrichtenagentur «Prensa Latina» von den uruguayischen Behörden geschlossen und ihr Leiter, der mit einer Kubanerin verheiratete Chilene Orlando Cabrera, des Landes verwiesen wurde. Die «Prensa Latina», deren of-

fizielles Arbeitsfeld in Uruguay sehr begrenzt war, leistete sich weit mehr Angestellte als alle anderen internationalen Presseagenturen und erstreckte ihre Tätigkeit auf Aufgaben, die, wie es der Regierung zu beweisen gelang, subversiven Charakter hatten.

Im übrigen ist wieder einmal darauf hinzuweisen, dass das chilenische Regime keineswegs nur die nichtkommunistischen Andersdenkenden zum Schweigen bringt, sondern auch gegen die ehemaligen revolutionären Freunde mit Brachialgewalt vorgeht, wenn sie von der «falschen» Seite kommen (siehe dazu ZB, Nr. 12). Allende nennt die Linksterroristen heute «rechtsextreme Elemente», was nur zeigt, wie leicht vertauschbar die angeblichen Gegensätze sind — sogar im Vokabular der marxistischen Führer. ■

Der Buchtip

Kurt Marko: «Dogmatismus und Emanzipation in der Sowjetunion». Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1971. 224 Seiten, Fr. 24.10.

Das Buch ist eine Sammlung von neun Studien, die Kurt Marko in den Jahren 1967 bis 1970 im Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien verfasst hat. Dem Autor geht es in seinen Arbeiten darum, die geistige Situation in der UdSSR einerseits in der offiziellen Ideologie und Philosophie, andererseits in der Gestalt selbständiger Regungen zu veranschaulichen. Er stellt einen soziopolitisch relevanten Wandel sowohl im systemrepräsentativen als auch im systemkritischen Denken fest. Es liege «zwischen der Fassadenideologie und der offenen Opposition ein schwankendes, unsicheres Feld der Renovierung, des Umdenkens und der Erneuerung. Der Kampf zwischen der Ideologie und der Wissenschaft ist so heftig wie nur je. Die Tendenz, sich gegenüber dem Westen abzuschliessen, und die Neigung zur Öffnung prallen aufeinander. Die Frage nach der Selbstregulierbarkeit eines totalitären und autoritären Systems ist gestellt.» (S. 8)

Themen der einzelnen Arbeiten sind unter anderem: Versuche zu neuen Definitionen von Sozialismus und Kommunismus; Sowjetphilosophie zwischen Stagnation und Erneuerung; das offizielle und das andere Denken zwischen 1967 und 1970; Moskaus Orthodoxie vor neuen Fronten; interne Anfechtungen der sowjetischen Ideologie und Philosophie; ideologische Re-Integration und demokratische Alternativen. In seiner letzten Studie befasst sich Marko mit den Ansätzen zu Reformdenken und Emanzipation. Dabei weist er auf die Entideologisierung von Soziologie, Geschichte und Politik hin, wie sie von Sacharow, Kapitza, Amalrik und Jurij A. Levada (Mitarbeiter am philosophischen Institut der Akademie der Wissenschaften in Moskau) provoziert und zur Diskussion gestellt wurde. (Dieser Diskussion ist allerdings im allgemeinen ein öffentliches Forum versagt, und gerade ein Amalrik wurde für seine im Westen erschienenen Diskussionsbeiträge ins KZ gesteckt.)

Nicht zuletzt will der Autor mit seinem Buch darauf hinweisen, dass in der Sowjetunion auch jenseits von Staatsideologie und Reformkommunismus oppositionelle Kräfte vorhanden sind, die eine differenzierte Behandlung verdienen und unserer Aufmerksamkeit wert sind. *Ku*



Was hatte Allende vor den Wahlen versprochen? Sozialismus. Und was hat er gehalten? Faschismus.